

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Er erscheint wöchentl. 5 mal / Bezugspreis: Monatl. 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 18 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Rkonto Stuttgart 6780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 247

Altensteig, Montag den 21. Oktober 1929

53. Jahrgang

Um den Paragraph 4

Der Reichspräsident hat durch seine Stellungnahme zum § 4 des Volksbegehrens, den er als einen unsachlichen und persönlichen Angriff gegen die mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragten Kabinettsmitgliedern bezeichnet, klare Fronten geschaffen: Auf der einen Seite stehen der Reichspräsident und mit ihm die große Mehrheit des deutschen Volkes als Gegner dieses unsinnigen Paragraphen, auf der anderen Seite die Parteien des Volksbegehrens, deren Pläne nun praktisch sehr aussichtslos sind, daß sie nicht einmal die Unterstützung Ludendorffs finden, der der Tannenbergs-Bund veranlaßt hat, zur Seite zu stehen und beim Volksbegehren nicht mitzumachen.

Neue Auslegung

Berlin, 19. Okt. Die deutschnationale Presse stellt mit Zu der amtlichen Veröffentlichung über die Auslegung des Herrn Reichspräsidenten zum § 4 des deutschen Volksbegehrens wird der deutschnationalen Pressestelle von zuständiger Seite erklärt: Der Reichspräsident hat den Herrn Reichspräsidenten über Inhalt, Bedeutung und Wirkung des § 4 offensichtlich falsch unterrichtet.

1. Der § 4 bezieht sich nicht auf die Vergangenheit, sondern auf die Zukunft.
2. Der § 4 soll für künftige Fälle verhindern, daß Reichspräsident und Minister Verträge mit dem Ausland unterzeichnen, die auf der Kriegsschuldlast beruhen.
3. Der § 4 will vor allem verhindern, daß die Minister des Reichs künftighin durch Paraphierung von Verträgen der Entscheidung des Reichstages verweigern, wie das in Locarno trotz telegraphischem Einspruch des Kabinetts geschehen ist.
4. Der § 4 stellt nicht Minister unter Strafe, die die bisherigen Verträge abgeschlossen haben.
5. Dieser Inhalt des § 4 ist in der Öffentlichkeit wiederholt in dieser Form eindeutig dargelegt, insbesondere ist sofort nach dem Aufruf der Reichsregierung die willkürliche Auslegung des § 4 durch die Regierung zurückgewiesen worden.

Das Für und Wider des Volksbegehrens

Eine Erklärung namhafter Personen zum Volksbegehren

Berlin, 19. Okt. Eine Anzahl namhafter Seiten nimmt in einer Erklärung zum Volksbegehren Stellung. Die Erklärung besagt:

Bei voller Würdigung des nationalen Widerstandswillens, der in den Paragraphen 1 und 2 des Volksbegehrens nach Ausdruck ringt, sehen wir den vorgeschlagenen Gesetzentwurf und namentlich seine Paragraphen 3 und 4 für die Führung unserer Außenpolitik als schädlich an. Diese Paragraphen wollen die Leiter der deutschen Außenpolitik, wer sie in Zukunft auch sein mögen, in ihrer Handlungsfreiheit durch einen Gesetzentwurf binden, dessen Auslegung schließlich dem Strafrichter zufallen soll. Ein unmöglicher Zustand.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Paris und im Haag befriedigt auch uns nicht, so sehr wir die großen und ehrlichen Bemühungen der deutschen Unterhändler anerkennen. Aber ein Erfolg des Volksbegehrens würde alle Bestrebungen auf Besserung der deutschen Lage für absehbare Zeit vereiteln. Wir halten daher die Ablehnung des Volksbegehrens für den richtigen Dienst am Vaterlande.

Es folgen 198 Unterschriften namhafter Persönlichkeiten der Wirtschaft und Wissenschaft, darunter Reichspräsident a. D. Luther, Reichsminister a. D. Köhler, Geheimrat von Opel, Karl von Siemens, Dr. Edener, Admiral Jenker u. a.

Dr. Hugenberg in Karlsruhe

Karlsruhe, 19. Okt. Der deutschnationale Parteivorsitzende Dr. Hugenberg sprach Samstagabend hier in einer Kundgebung für das Volksbegehren. Er beschäftigte sich zunächst ausführlich mit den Auswirkungen des Youngplanes. Er bezeichnete die Fortdauer der jährlichen Milliardenzahlungen an das Ausland unter Fortfall der Transferklausel und damit des Währungsstandes als Gefährdung der deutschen Wirtschaft und bezeichnete den Kampf gegen den Youngplan als ein Notwehrrecht des deutschen Volkes. Das Volksbegehren sei von der Reichsregierung als ein verfassungsmäßiger Akt anerkannt, an dem mitzuwirken das durch die Verfassung von Weimar niedergelegte Recht eines jeden Deutschen sei. Entgegen dem klaren Wortlaut der Verfassung solle die Beamtenschaft unter Ausnahme-recht gestellt werden. Angst vor einem Disziplinarverfahren, das doch nie durchgeführt werden kann, solle sie von der Ausübung ihrer Rechte zurückhalten. Mit Schmerz hätten diejenigen, die einst Hindenburg zum Staatsoberhaupt wählten, gehört, daß offenbar eine andersgerichtete Umgehung ihm durch ihre Darstellung der rechtlichen und politischen Lage zu einem Urteil gegen eine Einzelbestimmung des Volksbegehrens bestimmt habe, daß mit den Tatsachen nicht in Einklang zu bringen sei und auch seinem eigenen Wunsche widerspreche, nicht in den politi-

schen Kampf hineingezogen zu werden. Er handle sich um die Erfüllung der vaterländischen Pflicht, das deutsche Volk vor den Gefahren des untragbaren, unerfüllbaren und deshalb unannehmbaren Youngplanes zu schützen. Der Paragraph 4 beziehe sich nicht auf die Vergangenheit, sondern auf die Zukunft. Er solle vor allem verhindern, daß Bevollmächtigte des Reiches künftig durch „Paraphierung“ von Verträgen der Entscheidung des Reichstages und des Reichspräsidenten verweigern. Die Auslegung des Reichspräsidenten zu Paragraph 4 des Volksbegehrens werde in weiten Kreisen als ein Herausretren aus der von ihm selbst gewünschten Neutralität empfunden werden. Die Freiheitsbewegung, deren Träger die im Reichsausschuß zusammengeschlossenen Organisationen seien, stehe nach wie vor fest im Kampf gegen den Youngplan. Sie müsse ihn auch gegen die Reichsregierung führen, die sich aus innerpolitischen Gründen mit den Mitteln des Verfassungsverstoßes und des Terrors gegen die Bewegung stelle.

Außgartenkundgebung für das deutsche Volksbegehren

Berlin, 20. Oktober. Der Arbeitsausschuß Groß-Berlin für das deutsche Volksbegehren veranstaltete am Sonntag um 2 Uhr im Lustgarten eine Kundgebung, die sich gegen den Youngplan und gegen Anebelung der Meinungsfreiheit richtete. Die Ausführungen der Redner wurden wiederholt mit lautem Beifall aufgenommen. Auf Zwischenrufe hin, die sich gegen die Polizei richteten, wurden mehrere Personen zwangsgewaltig. Nach Militärmärschen einer Stahlhelmkapelle sprachen der Landesführer des Stahlhelms, Major a. D. v. Steffani, der Vorsitzende der Allgemeinen Volkspartei Koll, der deutschnationale Stadtrat Steinhoff und der deutschnationale Arbeiterführer Philipps. Die Kundgebung fand mit dem Deutschlandlied ihren Abschluß.

Reichsdisciplinarhof telegraphisch einberufen

Berlin, 21. Oktober. Dem Reichsgerichtspräsidenten Bunte ist in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Staatsgerichtshofes am Samstagabend die Klage der deutschnationalen Landtagsfraktion gegen die preussische Staatsregierung zugegangen, sowie der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die preussische Regierung, mit der angeordnet werden soll, daß sich das preussische Staatsministerium aller amtlichen Kundgebungen und Anweisungen zu enthalten habe, durch die eine Teilnahme von preussischen Beamten am Volksbegehren verboten oder für unzulässig erklärt wird und daß die bereits erfolgten Anweisungen zurückgenommen werden. Der Reichsgerichtspräsident hat, laut „Montagspost“, zur Vorbereitung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes telegraphisch zu einer Besprechung nach Leipzig für Montag mittag eingeladen.

Die Verfassungsvorlage im österreichischen Nationalrat

Rede des Bundeskanzlers

Wien, 18. Okt. Im Nationalrat brachte Bundeskanzler Schöberl, nachdem zunächst das Gesetz über die Fusion der Bodenreformanstalt mit der Kreditanstalt in zweiter und dritter Lesung mit den Stimmen der Rechtsparteien angenommen worden war, die Vorlage über die Verfassungsreform ein, wobei er besonders unterstrich, daß die Regierung den Zeitpunkt für eine Ergänzung des parteipolitischen Parlaments durch eine Ständevertretung für gekommen halte, und deshalb die Einrichtung einer zweiten Kammer mit künftigen Einschluss schon in ihrem Entwurf eingezeichnet habe, obwohl die Erlassung der Stände nach ihrer Stärke und Bedeutung noch nicht jenseit fortgeschritten sei, daß die praktische Durchführung der Ständevertretung möglich sei. Die Durchführung des in der vorliegenden Novelle enthaltenen Primats wird einem späteren Gesetze vorbehalten bleiben. Bis zur Konstituierung einer zweiten Kammer wird der bisherige Bundesrat in seiner gegenwärtigen Gestalt bleiben. Einen Reichswirtschaftsrat nach deutschem Muster, dem nur eine beratende Funktion, aber keine unmittelbare Teilnahme an der Gesetzgebung zutomme, habe die österreichische Regierung nicht für ausreichend. Hinsichtlich des Nationalrats werde es im wesentlichen bei den gegenwärtigen Bestimmungen bleiben, außer daß für das aktive Wahlrecht die Altersgrenze auf das 21. Lebensjahr, für das passive Wahlrecht auf das 29. Lebensjahr heraufgesetzt werde. Der Entwurf einer entsprechenden neuen Wahlordnung werde dem Dause demnächst zugehen.

Für Wahl und Abdimnung soll eine besondere bemerkenswerte Neuerung, die Wahlpflicht eingeführt werden. Eine Einschränkung der Immunität der Abgeordneten, insbesondere was die Arbeitretung des Pressegesetzes anbelangt, wird nicht zu machen sein. Die Bestimmungen über Volksbegehren und Volksabstimmungen sollen eine Änderung erfahren, die für die Zukunft ihre weitergehende Anwendung ermöglichen soll. Zur

Wahl des Bundespräsidenten, dessen Autorität durch die Art seiner Wahl gestärkt werden soll, erklärte der Bundeskanzler, daß sie in Zukunft durch das gesamte Bundesvolk zu erlangen habe. Etwas notwendig werdende Stichwahlen dagegen sollen, um einer der Autorität des Gewählten schädlichen Erbhuna der Parteileidenschaften vorzubeugen, durch die Bundesversammlung vorgenommen werden. Die Bestimmungen über die besonderen Befugnisse des Bundespräsidenten in Fällen dringender Notstände dürften selbstverständlich nicht dazu dienen, eine dauernde Ausschüttung des Parlaments herbeiführen. Der Nationalrat wird die volle Kontrolle über den Inhalt und die Notwendigkeit solcher Bestimmungen erhalten. Zu dem Thema „Entpolitisierung der Verwaltung, der Rechtsprechung und des Bundesbeeres“ erwähnte der Bundeskanzler, daß ein Antrag vorliege, die künftige Parlamentskommission für Heeresangelegenheiten aufzuheben, da sonst Gefahr bestehe, daß neue Politik in das entpolitisierte Heer getragen werde. Hinsichtlich der Ersetzung der Geschworenengerichte durch Schöffengerichte hat sich die Regierung dem von der frühesten Regierung eingebrachten Gesetzentwurf ebenso zu eigen gemacht, wie die bereits eingebrachte Vorlage ein Gesetz gegen Rötigung und über die Kooptierung des Pressegesetzes. Im Interesse der ordnungsmäßigen Finanzabrechnung wird die Neueinführung einer Kontrolle der ärztlichen Gemeinden durch den Rechnungshof, sowie Erweiterung der bestehenden Kontrollmaßnahmen in Vorschlag gebracht.

Weiter vermaßte sich der Bundeskanzler gegen den Vorwurf, daß die geplante Änderung der Stellung der Staatsstadt Wien innerhalb des Bundes auf Feindseligkeiten der Regierung gegenüber Wien zurückzuführen sei. Die Bundeshaushaltsstadt Wien wird in allen Angelegenheiten, die auch in den anderen Bundesländern zum selbständigen Wirkungsbereich des Landes gehören, grundsätzlich die gleichen Rechte wie bisher erhalten. Eine gewisse Aufsicht durch Einführung von besonderen kollektional eingerichteten Behörden sei aber unerlässlich. Eine Gefährdung der Rechte der Gemeinde Wien könne in dieser Hinsicht um weniger erblidit werden, als der Gemeinde ausdrücklich das Beschwerderecht gegen solche Verfügungen der Bundesregierung an den Verwaltungsgerichtshof eingeräumt werde (Wachen bei den Sozialdemokraten). Im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung solle Wien nur eine Instanz bilden, damit etwa der in der Öffentlichkeit oft gerügte Mangel der Bereinigung von zwei Instanzen in der Hand des Bürgermeisters beseitigt werde. Alle Angelegenheiten, die sonst einem Landesoberhaupt zustehen, würden in Wien demgemäß an den zuständigen Bundesminister übergeben.

Zum Schluß richtete der Bundeskanzler an die Versammlung die dringende Mahnung, alles gewissenhaft zu prüfen und dem ganzen Volke den Beweis zu geben, daß das österreichische Parlament seine hohen Pflichten zu erfüllen vermag und seine Zeit zu verlieren hat, um die Verabschiedung der Gesetzesvorlage durchzuführen. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die Wahl des Bundespräsidenten in dem neuen österreichischen Verfassungsentwurf

In den Übergangsbestimmungen der vorliegenden Bundesverfassungsvorlage heißt es u. a., daß binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes die erste Wahl eines Bundespräsidenten aufgrund dieses Gesetzes zu erfolgen habe. Die Amtsperiode des zur Zeit im Amt befindlichen Bundespräsidenten endete mit dem Tode, an welchem er aufgrund des zum Gesetz gewordenen Entwurfes gewählte Bundespräsident den Eid auf die Verfassung leistete.

Die Wiener Presse urteilt

Wien, 19. Okt. Die „Arbeiterzeitung“ wendet sich mit allem Schärfe gegen die Verfassungsvorlage, die, wie das Blatt schreibt, eine geradezu lächerliche Ansammlung reaktionärer Anschläge gegen Recht und Freiheit des Volkes darstellt, und über welche nicht ernsthaft verhandelt werden könne. Wenn die Urheber des Verfassungsvorlages solche Unbedenklichkeiten wollten, dann möchten sie Neuwahlen ausarbeiten und versuchen, ob sie die Zweidrittelmehrheit für ihren Plan gewinnen könnten.

Auch der nahest im sozialdemokratischen Lager stehende „Tag“ wendet sich gegen die Vorlage. Von den liberalen Zeitungen schreibt die „Neue Freie Presse“, nur die größte Sachlichkeit werde imstande sein, das große Reformwerk zu bewältigen.

Die Presse der Regierungsparteien stimmt zu, läßt aber Abänderungsmöglichkeiten offen.

Ueberfichtlich und schnell

berichtet die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ ihren Lesern

das Neueste

Diese Vorzüge sind für Alle, die im Berufsleben stehen, ob Gewerbetreibende, Landwirte usw. gleich wertvoll.



Neues vom Tage

Ein französisches Komitee gegen die Räumung von Rhein und Saar

Paris, 19. Okt. Wie das nationalistische „Eco de Paris“ mitteilt, hat sich unter dem Vorsitz des Generals Mordaca ein Komitee gegen die Räumung des Rheinlandes und die Aufgabe des Saargebiets gebildet, die sämtliche nationalen Kräfte sammeln und mit allen Mitteln (Presse, Maueranschläge, parlamentarische Interventionen, öffentliche Kundgebungen usw.) seine Aktion so lange fortsetzen werde, bis die Interessen der Nation gewahrt sein würden.

Neuer englisch-amerikanischer Schiedsvertrag?

London, 19. Okt. Der Sonderberichterstatter der „Daily News“, der sich im Gefolge Macdonalds befindet, meldet aus Ottawa, daß demnächst ein neuer Schiedsvertrag zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten entworfen werde.

Berlängerung des Steuerermäßigungsgesetzes

Berlin, 19. Okt. Nach einem vom Reichsfinanzminister dem Reichstag vorgelegten Gesetzesentwurf sollen die Vorschriften des Steuerermäßigungsgesetzes die Steuerleichterungen für wirtschaftlich gebotene Betriebszusammenschlüsse bringen, um ein weiteres Jahr bis zum 30. September 1930 wirksam sein.

Die Arbeiten in Baden-Baden

Baden-Baden, 19. Okt. In der allgemeinen Aussprache über den mit der Organisation der Internationalen Zahlungsbank zusammenhängenden umfangreichen Fragenkomplex wurde vom Organisationsausschuß die Ausarbeitung eines Memorandums beschlossen, das für die Vollkonferenz Vorschläge enthalten soll, welche der erörterten zahlreichen Fragen im Wortlaut der eigentlichen Bankverfassung (Charte) und welche in den Bankstatuten zu berücksichtigen sind. Die Ausarbeitung dieses Memorandums hat Reichsbankpräsident Dr. Schacht übernommen. Im übrigen wurde die als zweite Lesung anzusehende Aussprache über das Direktorium der Bank (Verwaltungsrat) zu Ende geführt. Es ist ausdrücklich festgelegt worden, daß die erforderlichen Anweisungen für die Geschäftsführung der Bank dem Präsidenten des Direktoriums zusteht.

Umbildung des belgischen Kabinetts

Brüssel, 20. Okt. Der Staatsanzeiger veröffentlicht die königlichen Dekrete über die Umbildung der Regierung. Hiernach wird ein besonderes Postministerium geschaffen, während das bisherige Ministerium für Eisenbahn, Schifffahrt und Postwesen die Bezeichnung Verkehrsministerium erhält. Das Postministerium übernimmt der liberale Abgeordnete und ehemalige Minister Pierre Corthomme. Das Kolonialministerium, das bisher vom Ministerpräsidenten Jaspars geführt wurde, wird dem christlich-demokratischen Senator und ehemaligen Minister Paul Tshoffen übertragen. Zum Nachfolger des zurückgetretenen Innenministers Carnog wird Landwirtschaftsminister Baels ernannt.

Vor dem Entscheidungskampf in China?

Peking, 19. Okt. Havas berichtet aus Schanghai: Die Truppen Fong Zu-hsiangs haben Tschengtschau eingenommen. Eine Entscheidungsschlacht wird für die nächsten Tage in der Nähe von Hankau erwartet. Nach Wuhu entsandte regierungstreue Truppen haben eine Meuterei, an der 500 Soldaten beteiligt waren, unterdrückt. Die Meuterer wurden entwaffnet und aus der Stadt vertrieben. Die Frauen und Kinder englischer Rationalität sind auf einem Kanonenboot wieder zurückgeführt.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 21. Oktober 1929.

Für das Volksbegehren — Gegen den Youngplan

Auf Samstag abend hatten die Parteien für das Volksbegehren zu einer Versammlung in den Gasthof zum „Goldenen Stern“ eingeladen. Herr Studentrat Hart-Tübingen sprach über „Dawespakt und Youngplan“ Deutschlands Schicksalsstunde. Die Versammlung wurde von Herrn Silber eröffnet und erteilte derselbe dann dem Redner das Wort. Herr Hart nahm zuerst Stellung zu einem Aufruf der Demokraten in Ragold, in dem das Volksbegehren als Unfuss abgelehnt wurde. Redner bezeichnete diesen Aufruf als nichts anderes als wie einen Ausschnitt des Kampfes der Regierungsparteien und der Regierung, der allmählich Formen angenommen habe, die verfassungsmäßig nicht mehr zu deden seien. Ein glatter Verfassungsbruch sei aber das Vorgehen gegen die Beamten, die sich am Volksbegehren beteiligen. Es sei das um so mehr verwunderlich, als doch das Volksbegehren vom Innenminister zugelassen worden sei und somit auch verfassungsrechtlich zulässig sei. Dieser Kampf sei nur noch vergleichbar mit dem Terror in Rußland. Wenn das Volksbegehren scheitern sollte, wird die Regierung alles tun, um jede nationale Regierung zu unterdrücken. Durch Väterlichmachung der Führer des Volksbegehrens glaube die Regierung etwas zu erreichen. Der Redner ging dann auf das Wesen des Youngplanes und die Entwicklung der Reparationsfrage überhaupt ein. Am 5. November 1918 hätten Verhandlungen stattgefunden und sei hier von den Vertretern der Entente als Entschädigung 25 Milliarden verlangt worden. Als am 11. November, nachdem die Revolution ausgebrochen war, der Unterhändler Erzberger nach der Höhe der zu zahlenden Kriegsschuld fragte, hätte Marshall Koch 105 Milliarden verlangt, da sich die Verhältnisse geändert hätten. Nach dem Versailler Vertrag folgte die Konferenz 1920 in London, die die Entschädigung auf 132 Milliarden festlegte. Durch die Inflation sei diese Abmachung illusorisch geworden und führte nun zum Dawesplan, der zwar keine Endsumme festlegte, aber bis 1931 gehen sollte und nach Errechnungen den Betrag von 98 Milliarden ergeben hätte. Der Youngplan dagegen erbringe den Feindmächten 114 Milliarden. Man ersehe daraus, daß mit jedem Ja-sagen der Appetit der Entente gewachsen sei. Deutschland habe seit 1918 an Zahlungen und Sachlieferungen ca. 56 Milliarden geleistet, von dieser Summe werde aber gar nicht mehr gesprochen. Am leichtesten noch könne man das Ausmaß der Leistungen ersehen, wenn man feststelle, daß unter ganzem Volksovermögen nur 99,3 Milliarden betrage. Das wesentliche aber zwischen Dawesplan und Youngplan sei die Abänderung von einer Staatschuld in eine Handelschuld. Während beim ersten günstige Situationen eventuell vom Reich hätten ausgenutzt werden können, sei das bei der Handelschuld nicht mehr möglich, denn die Tributbank könne deutsche Schuldverschreibungen auf der ganzen Welt verkaufen und deshalb sei der Youngplan nicht mehr revidierbar, während die ganzen Zahlungen des Dawesplanes zum Zwecke des Währungsschutzes eventuell eingestellt werden könnten, müssen nach dem Youngplan 700 Millionen unter allen Umständen bezahlt werden. Bei Zahlungsunmöglichkeit der geschädigten Jahresannuitäten habe der Ausschuß der Tributbank die Zahlungsunfähigkeit zu kontrollieren, was zu Wirtschaftsspionage führen müsse. Deshalb bringe der Youngplan keine Verbesserungen, sondern Verschlechterungen. Was das Funktionieren des Dawesplanes angeht, so müsse man berücksichtigen, daß wir 15 Milliarden Schulden im Ausland gemacht haben und nur dadurch war es möglich, diese Zahlungen auszuführen. Aber heute pumpe uns kein Mensch mehr, ohne daß wir sichere

pfänder aus der Hand geben. Den Youngplan anzunehmen, von dem man im Voraus weiß, daß wir ihn nicht erfüllen können und der zwei Generationen verflauen, ist nicht nur eine Unehrlichkeit, sondern ein Verbrechen. Zur Rheinlandräumung sagte Redner, daß selbstverständlich die Rheinländer die Befreiung begrüßen, aber sie machten auch nie ein Hehl daraus, daß dafür keine neuen Opfer für Deutschland erstehen dürften. Es sei aber nach dem Youngplan noch gar nicht bestimmt, daß das Rheinland im Sommer 1930 geräumt sei, denn, wie der französische Kolonialminister Maginot ausführte, wird erst geräumt werden, wenn der Youngplan angenommen und in Gang gesetzt sei. Dieser Auslassung habe Briand zugestimmt. Und die Inangangsetzung sei ein sehr dehnbarer Begriff. Von den Steuererleichterungen, von denen die Befürworter des Youngplanes immer so sehr schwärmen, werde man bei einem Reichsdefizit von 1,1 Milliarden nicht viel zu spüren bekommen. Unsere Wirtschaftslage sei außerordentlich schlecht. Unsere Schuldenlast einschließlich der Länder usw. betrage rund 30 Milliarden zu 10 Prozent. Daß man dem heutigen System kein Vertrauen entgegenbringe, zeige die Inlandsanleihe, die trotz aller Vorteile, die dabei geboten wurden, statt 500 Millionen nur 170 brachte. Redner wies noch auf die Verhandlungen über ein Zündholzmonopol hin mit dem Schweden Kreuzer. Auch von einem Tabak- und Biermonopol werde geredet. Der Aufruf zum Volksbegehren, führte Redner aus, sei ein Anzeichen dafür, daß es mit der nationalen Gesinnung wieder aufwärts gehe und so werde man es verstehen, wenn sich Parteien finden, die sich gegen die Annahme des Youngplanes wehren und sich auch gegen die Kriegsschuldfrage wenden. Gehe das Volksbegehren durch, sei die Regierung gezwungen, vom Schauplatz ihrer Tätigkeit bzw. Untätigkeit abzutreten. Es sei dann Sache des Volkes, zu bestimmen, wer seine Geschicke führe. Wenn aber dazu das Volk nicht im Stande sei, dann müßten sich eben Männer zur Verfügung stellen, die mit stählertem Willen das deutsche Volk führen. Redner forderte zum Schluß auf, sich für das Volksbegehren einzusetzen und mitzuhelfen, den ersten Stein zum deutschen Freiheitsgebäude zu legen. Starker Beifall belohnte den Redner für seine 1 1/2 stündigen Ausführungen. Die Diskussion wurde bestritten von den Herren Steeb, Theurer, Ragold, Gehnen und Walz. Herr Steeb fragte den Redner, warum die Deutschnationalen dem Dawesplan zugestimmt hätten. Herr Theurer bemängelte die Interesslosigkeit der Bürger. Gewiß sei es schöner, gemächlich daheimzubleiben, als sich mit Politik abzugeben, es heiße nicht umsonst: Politisch Lied ein garstig Lied. In alter Zeit sei man verhältnismäßig gut regiert worden, die neue Zeit brachte andere Männer an die Spitze. Die deutsche Gleichgültigkeit müsse aufhören. Deshalb hätten die Deutschnationale Volkspartei und die R.S.D.A.P. das Volk ausgerufen gegen den Youngplan. In letzter Stunde frage er noch einmal, ob wir unsere Kinder und Kindeskiner verflauen wollen, wenn nicht, sei es notwendig, sich auf dem Rathaus einzutragen und auch noch Freunde usw. mitzunehmen und dazu zu ermuntern. In seinem Schlusswort betonte der Referent, daß er es jederzeit bedauere habe, wie ein Teil der Deutschnationalen dem Dawesplan zugestimmt hätten. Die Lage sei aber damals so verworren gewesen, daß man es verstehen müsse, wenn ein Teil der deutschnationalen Abgeordneten mit Ja gestimmt hätten. Heute aber komme derartige nicht mehr vor, denn Hugenberg an der Spitze der deutschnationalen Partei könne derartige Kompromisse nicht. Er forderte nochmals zur Einzelkennung auf und sagte, wenn das Begehren durchgehe, müsse es aufhören mit der Politik der Hundedemut und der Erfüllung. Der Leiter der Versammlung, Herr Silber dankte dem Referenten für seine Ausführungen und sagte, daß sich die von Deutschland zu übernehmenden Tributlasten in erster Linie bei den wirtschaftlich Schwachen auswirken, das seien neben

Ich oder — Ich?

Roman von Hermann Hilgendorff
(9. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
Lestmanns Herz setzte doch einen Schlag lang aus. Dann erkannte er, daß es nur die Uniform eines Dieners war. Der Diener blieb vor Lestmann stehen.
Er stand stramm.
„Herr Konjul, die Dame von gestern wartet auf Sie. Es ist alles bereit!“
Zu wem sprach der Mann?
Es dauerte eine Weile, ehe Lestmann erkannte, daß er gemeint war.
Im gleichen Augenblick fast entdeckte er eine Granur in einer Goldplatte an der Tür.
Benno Aram
Konjul.
Der Mann, der dem Diener ins Palais folgte, ging mit schwankenden Schritten wie ein Trantener.
6. Kapitel.
Bin ich ein Mörder?
„Es ist ein Traum!“ sagte sich Paul und schritt über schwere Teppiche, in denen sein Fuß fast versank.
„Es ist ein Traum!“ sagte sich Paul und trat hinter dem Diener in ein schwarzes Ebenholzschlafzimmer, das von einem Luxus erfüllt war, wie Pauls ausschweifendste Phantasie sie nicht hätte erdenken können.
„Es ist ein Traum!“ gurgelte das Wasser, das der schweigende Diener in die Marmorwanne einlaufen ließ. Das Badezimmer stieß direkt an das Schlafzimmer und Paul sah durch die offene Tür den gebeugten Rücken des Dieners über der Wanne.
„Das Bad ist gerichtet, Herr Konjul! Ich habe den Hausanzug bereit gelegt! Im roten Salon wartet die Dame auf Sie. Auch im Rundzimmer ist alles gerichtet!“ Er machte eine Verbeugung vor Paul und verschwand.
„Der Mann spricht chinesisch für mich! Was ist im Rundzimmer gerichtet? Was will die Dame, die auf mich wartet?“ fragte sich Paul und starrte auf den Sessel vor

seinem Bett. Dort lag ein flauschiger Hausanzug. Rote Seide brannte als Futter.
Für eine Sekunde wandelte sich die brennende Seide in den grauen häßlichen Dreifach des Zuchthausanzuges.
Ein Zittern überließ die breite Gestalt Lestmanns. Er schlug die Hände vor das Gesicht. Er sah im Dunkel seiner Hände vor sich die nackten Wände der Zuchthauszelle.
Die Fritsche! Das starre Eisen vor dem Fenster und auf einem lehnlosen Schemel einen Menschen mit starren, toten, ausdruckslosen Gesicht. . . Paul Lestmann, der Zuchthäusler . . .!
Paul Lestmann stöhnte auf.
Das war . . . Er!
Dies alles war ein Traum!
Er öffnete die Augen und nahm die Hände vom Gesicht. . . Er starrte in einen Spiegel. Dort stand Benno Aram . . . der Konjul!
„Ich bin Benno Aram, der Konjul! murmelt Lestmann wie hypnotisiert. Mechanisch zog er sich aus . . . Baden! . . . Hausanzug! . . . Rundzimmer . . . Er handelte wie ein Automat!
Aber ein Gedanke brannte unablässig in seinem Hirn . . . Verbrannte es fast . . . ließ es schmerzen . . . Die Frage: Warum tauschte Aram sein Leben mit mir . . .?
Er ist kein Dieb! . . . Er ist kein Einbrecher! . . . Nichts scheint sicherer fundiert zu sein, wie der Reichtum dieses Mannes . . . Warum warf er das alles von sich? . . . Nichts antwortete auf diese Frage . . .
Der seine Duft von Badesalz zog aus dem Badezimmer herein . . . Hinter dem Bad stand eine Nympe, die eine Fackel in der Luft schwang. Die Lilaseide der stoffbespannten Schlafzimmerwand leuchtete . . .
Irgendwo ging schnurrend ein Ventilator . . .
Und fast laut schrie Paul heraus:
„Warum warfst du dein Leben mit wie eine ekle Frucht vor die Füße?“
Und in diesem Augenblick war es, daß Paul Lestmann das leibende Hemd vom Körper streifte.
Es fiel zu seinen Füßen nieder . . .
Aber dann sah Paul Lestmann etwas grauenhaftes . . . Die Manschette des Hemdes war mit Blut bespritzt . . .

Blut! . . .
Von wem?? . . .
Und jetzt untersuchte Paul Lestmann den Anzug . . . Er zeigte viele Blutspitzer.
Am Ärmel! . . . In der Hose!
Und auf den Lederschuhen saßen kleine braune getrocknete Spitzer . . .
Das Zimmer drehte sich um ihn. Das leise Surren des Ventilators drang jetzt wie ein Sturmgeheul an sein Ohr und das Zimmer roch nicht mehr nach dem feinen Badesalz . . .
Es roch nach . . . Blut! . . .
„Ruhe! . . . Ruhe! . . .“ klopfte Pauls Herz.
„Warum erschreckt mich dies Blut so? Sprach Benno Aram nicht von Gefahren, die ihn bedrohten . . .? Von Kämpfen? . . . Konnte dieser Mann nicht Feinde haben . . . Mächtige Feinde? Konnte es nicht sein eigenes Blut sein, was an diesem Zeug klebte? . . .“
Sahen ihm vielleicht grausame Verfolger auf den Beinen? Verfolger, die nach seinem Leben trachteten? . . .
Paul Lestmanns Blick fiel auf seinen entblößten Oberarm. Er bewegte spielend die Murseln. Er hatte zehn Jahre trainiert mit eisernen Schemeln . . . mit gefüllten Wasserkrügen . . .
„Es müßten Feinde mit stärkeren Muskeln sein!“ dachte er und stieg ins Bad.
Der mächtige Spiegel am Fußende des Bades sah den Körper eines Apolls. Er besaß eine hohe, gewölbte Brust, schmale Hüften, schlankes Schlenkel. Zierlich und schmal waren die Gelenke.
Paul erricht fast, als er in den Spiegel sah! Scharf und edel gab das geschliffene Glas seinen Körper wieder.
Er dachte an den halbblinden mit Bleden überläuten, handgroßen Spiegel in der Badzelle des Zuchthaus.
„Bin ich derselbe?“
„Nein, ich bin Benno Aram und Paul Lestmann ist verlichunden . . . joll verlichunden bleiben!“ sagte er mit Nachdruck und sprang aus der Wanne. Eiskalt duschte er sich ab.
(Fortsetzung folgt.)



der Landwirtschaft der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand auf dem Lande und in den Landstädten. Deswegen hätte man von diesen Kreisen eine stärkere Beteiligung an dieser Versammlung erwarten dürfen. Ein besonderer Wunsch galt noch der Presse um Unterstützung ihres Kampfes.

Auf die Ausführungen eines weiteren Diskussionsredners einzugehen, können wir uns wohl erparen. Bei nächster Betrachtung seiner Worte wird dies der Redner auch verstehen.

Hohe Belohnung für den vermigten französischen Freiballonsführer. Am 22. September d. J. fand man, wie gemeldet, in Agram den französischen Freiballon, der am Tage zuvor an einem Pariser Wettfliegen teilgenommen hatte. Blutspuren an der Gondel ließen darauf schließen, daß der Insasse der Gondel verwundet und dann herausgeschleudert wurde. Die Nachforschungen haben ergeben, daß sich das Unglück in Deutschland zugetragen haben muß, und zwar 100 Kilometer nördlich oder südlich der vermuteten Fluglinie Stuttgart-Ulm-Augsburg-München-Salzburg. Nunmehr ist eine Belohnung von 20.000 Franken ausgesetzt worden für Mitteilungen, die die Aufspürung des Piloten ermöglichen.

Nachdem die Landung des Luftschiffs „Graf Zeppelin“ in Bötlingen wegen des schlechten Wetters gestern nicht stattfinden konnte, ist P. 3. 127 heute nach Altensteig gekommen, wo er im Schauspielhaus der R. Kieker'schen Buchhandlung zu sehen ist. Näheres im morgigen Anzeigenteil.

Unglücksfall. Am Samstag Abend ereignete sich vor einem Hause der Straße nach Pfalzgrafenweiler ein Unfall. Beim Absteigen fiel ein Wagen, auf welchem sich ein solches Jagd befand, um. Dabei wurde der verheiratete Schreiner Kupp an beiden Füßen erheblich verletzt und außerdem erlitt der daneben stehende 17 Jahre alte Schreiner Koh von hier, der in Etmannweiler beschäftigt ist, einen Knöchelbruch.

Bericht über die Gemeinderatsitzung am 16. Oktober 1929
Abwesend: Zimmermann

Der Arbeiterturnverein hat auf den letzten Beschluß des Gemeinderats, wonach dem Deutschen Turnverein sein früherer steter Turnabend in der Turnhalle zurückgegeben wurde, Protest eingelegt mit der Begründung, daß der Arbeiterturnverein mit dem Freitag-Turnabend und dem Sonntag Morgen nicht durchkommen könne. Er sucht darum nach, daß der Gemeinderat diesen Beschluß wieder aufhebe und dem Verein den Dienstag Abend wieder belasse. Nach Anhörung der in der Sitzung anwesenden Vertreter der beiden Vereine und nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat mit 11:1 Stimme, an dem oben genannten Beschluß nichts zu ändern. — Der Verkauf des diesjährigen Obsttrags mit 132 Zentner bei einem Erlös von 342 Mark wird genehmigt. — Ferner der Verkauf von zwölf alten Leitungsmasten an St. Annaberg mit einem Erlös von 26,70 Mark. — In Sachen Brandentschädigung der G. Hebr. Theurer wird dem Oberamt gegenüber eine Aufhebung dahin abgegeben, daß entsprechend dem Fortschritt des Wiederaufbaus der abgebrannten Sägmühle drei Viertel der Brandentschädigung ausbezahlt werden können. — Das Schulgeld der Frauenarbeitschule ist mit Wirkung vom 1. November 1929 ab, wie beim Staat, monatlich zum Voraus zu bezahlen. — Einem Gesuch um Nachlaß des von der Stadtspflege berechneten Steuer-Vorzugszuschlags kann der Folgen wegen und auch deshalb nicht stattgegeben werden, weil auch die Stadtspflege der Oberamtspflege gegenüber Vorzugszuschläge zu entrichten hat, die in keiner anderen Weise, als durch Unterverteilung auf die rückständigen Steuerzahler aufgebracht werden können. — Einige Gebäudeeigentümer, die in den Jahren 1925 und 1926 von der Stadt Baupläne gekauft und darauf Wohnhäuser erstellt haben, suchen um jenseitige Stundung des Kaufpreises nach, insoweit, bis sich der Betrag automatisch auf 2,50 M. pro Quadratmeter gekürzt hat. Nach längerer Beratung wird aus der Mitte des Gemeinderats der Vorschlag auf Jinsnachlaß für ein weiteres Jahr zum Beschluß erhoben, dabei aber zum Ausdruck gebracht, daß dies die letzte Regelung in der Bauplankaufpreisfrage sein müsse. — Dem Verein striff. junger Männer werden auf Antrag wie früher 2 Km. Brennholz unentgeltlich zur Verfügung gestellt. — In den Vorschlag der Gemeinde Hünibronn wird Einsicht genommen. Nach der Gemeindeordnung hat die Gemeinde den Vorschlag hierher vorzulegen, da Altensteig mehr als ein Viertel der Gemeindeumlage von Hünibronn zu zahlen hat. Gegen den Vorschlag werden keine Einwendungen erhoben. — Einem Gesuch des Frh. Dietrich, Gerbers, um Genehmigung der Anbringung einer Hochantenne an dem mittleren Schulhaus wird unter gewissen Bedingungen und gegen eine noch festzulegende Gebühr stattgegeben. — Die Lieferung von drei Herden zu dem städtischen Schlachtstall an der oberen Talstraße wird dem Hofner Friedrich Kuh um je 60 Mark und die Lieferung von drei Oesen dem Kupferhämied Frey um je 55 Mark übertragen. — Ferner werden die Reparaturarbeiten an dem städtischen Wohngebäude (fr. Gasth. „Blume“) an Zimmermann Wadenhut und Denkler, Ja. Huh, Maler und Geiser Kops vergeben. — Um die drei gewordenen Stelle des Straßenwärters Holz haben sich 19 Bewerber gemeldet. In geheimer Wahl erhält Friedrich Eidel, Dienstnecht bei Beeß & Jiegler hier die meisten Stimmen. Er hat seinen Dienst am 1. November 1929 anzutreten und wird auf Privatdienstvertrag angestellt. — Mit Otto Luz, Weber, ist ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach er gegen eine Vergütung bis zu 450 Mark den städtischen Schlachtstall zum Gebrauch im kommenden Winter zweimächtig herzurichten wird. Der Vertrag wird genehmigt. — Gemeinderat Schütler trittet noch um Ueberlassung eines Raumes im unteren Schulhaus für drei bis vier Monate, zwecks Abhaltung eines Kurz-Christusunterrichtes. Dem Gesuch wird entsprochen.

Pfalzgrafenweiler, 19. Oktober. (Ergebnis der Schultheißenwahl.) Bei der heute stattgefundenen Schultheißenwahl wurden 693 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielt Ratshreiber K u e n z l e n - W i n n e n d e n 380 Stimmen, Schultheiß Braun-Darmsheim 242 Stimmen und Schultheißenamtssekretär Wader-Lustnau 71 Stimmen. Künzlen ist demnach mit großer Mehrheit gewählt. Er hat die Wahl angenommen.

Calw, 20. Oktober. Die Preise für Rostäpfel sind in die Höhe gegangen, sie bewegen sich zwischen 4 Mark und 4,50 Mark der Zentner. Birnen sind von 2 Mark an zu haben. Tafelobst bleibt sich im Preis gleich, nur die Zwetschgen, die nun zu Ende gehen, haben etwas angezogen. Sie kosten nun 10—12 Mark der Zentner. Im

Tal und in den Gäuorten ist die Obsterte in der Hauptsache vorüber, während in den Waldorten noch viel Obst auf den Bäumen sich befindet. An ein Zurückgehen der Preise ist nicht zu denken.

Calw, 18. Oktober. In der gestrigen Gemeinderatsitzung handelte es sich zunächst um die Schlachtsvieh- und Fleischbeschau in Calw. Als Fleischbeschauer ist ein Kriegsbeschädigter und gelernter Metzger seit mehr als zehn Jahren tätig. Ein hiesiger Tierarzt hatte nun seinerzeit in einer Eingabe darauf hingewiesen, daß die Stadtgemeinde bei ihrer Größe dazu übergehen müsse, einen geprüften Tierarzt mit der Fleischbeschau zu beauftragen. Der Gemeinderat beschloß damals, es liege für die Stadt kein Anlaß vor, eine Aenderung vorzunehmen. Auf eine erneute Eingabe des Tierarztes an das Ministerium hat dieses bestimmt, daß dem Antrag der Stadt auf Belassung des jetzigen Zustandes nicht entsprochen werden könne, da Calw mit Umgebung zu den Gemeinden mit zahlreichem Fremdenverkehr gehöre. Das Ministerium sei aber bereit, ausnahmsweise auf die Dauer von einem Jahr bis zum 1. Oktober 1930 den jetzigen Zustand zu genehmigen. Für den jetzigen Fleischbeschauer solle baldigst eine städtische Beamtenstelle frei gemacht werden. — Die Einführung einer Trichinenschau wird ebenfalls vom Ministerium angelehrt. Der Gemeinderat hat sich schon früher grundsätzlich für eine Trichinenschau ausgesprochen. Bisher war dieselbe unnötig, weil die Schlachtschweine nur in der Umgegend von Calw gekauft wurden. Diese Umstände haben sich nun geändert. Der Gemeinderat ist bereit, den jetzigen Fleischbeschauer an einem 14-tägigen Trichinencurs in Stuttgart auf städtische Kosten teilnehmen zu lassen. Nach der Ausbildung des Fleischbeschauers soll sodann die Trichinenschau eingeführt werden. — Die Gesuche um Aufstellung weiterer Benzinzapfstellen nehmen zu, obgleich man der Ansicht ist, daß schon genug Zapfstellen vorhanden seien. Der Gemeinderat behandelte die vorliegenden Gesuche wohlwollend, indem er das Gesuch der Deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft genehmigte und bei einem weiteren zunächst einen Augenschein vornehmen will. — Das städtische Elektrizitätswerk bedarf für den Winter 45.000 Kilogramm Gasöl, der Jahresbedarf beträgt das Doppelte. Die Deutsch-amerikanische Gesellschaft erhält die Lieferung von zwei Waggons, die Deutsch-russische Gesellschaft einen Waggon zum Preis von 10,40 Mark für 100 Kilogramm zugewiesen. Der Aufwand beträgt 4800 Mark. — Die Kostenabrechnung für die Rathausinstandsetzung rief eine längere Aussprache hervor. Die Kosten waren auf 14—15.000 Mark geschätzt, der Gesamtaufwand betrug 17.374 Mark. Die Ueberschreitung wurde von keiner Seite beanstandet und auch keine Kritik an der Ausführung ausgeübt. Das Landesamt für Denkmalspflege hat in einem Erlaß zu der Wiederherstellung des Rathauses Stellung genommen und im allgemeinen sich sehr zustimmend geäußert. Es bebauert aber die unberechtigte Kritik, die von einem hiesigen Bürger in einer auswärtigen Zeitung erschienen sei und es spricht gerade diesem Mann das Recht ab, eine so unverständliche Kritik loszulassen. Der Stadtvorstand will eine völlig objektive Stellung einnehmen und sich in die Sache nicht einmischen, da eine berechtigte Kritik in Gemeindefachen angezeigt sei, nur solle sie nicht über den Rahmen der Sachlichkeit hinausgehen. Im übrigen wurde festgestellt, daß sich die Gemüter beruhigt haben. Eine Reihe von namhaften Künstlern hat sich unaufgefordert sehr günstig über die schöne Wiederherstellung des Rathauses ausgesprochen. — Die Eintragung für das Volksbegehren wurde auf die Nachmittagsstunden von 5—7 Uhr festgelegt. Ein Vorschlag, die Zeit auf eine Vormittagsstunde von 11—12 Uhr auszuweichen, fand nicht die Mehrheit des Gemeinderats. — Der Vorliegende machte sodann Mitteilungen über die Kontinuität des Gewerbe-Schulverbands, Gemeinderats. Dem Schulverband sind 14 Gemeinden angeschlossen und umfaßt fünf Sechstel der Schüler. Die Verbandsgemeinden sind Calw, Bad Liebenzell, Hirsau, Althengstett, Reulbach, Gehingen, Altburg, Janelstein, Sonnenhardt, Liebsberg, Albulach, Teinach, Rötendach und Alzenberg. In den Verbandsgemeinden stellt Calw fünf und die Gemeinden Hirsau, Liebenzell, Althengstett und Reulbach je einen Vertreter. Der Verbandsgemeinderat nahm die Wahl in den Gewerbeschulrat vor. Gewählt wurden vier Vertreter der Stadtgemeinde und sechs Vertreter der anderen Gemeinden. Den Vorsitz im Schulverband führt Stadtschultheiß Göbner, den Vorsitz im Gewerbeschulrat Oberpräzeptor Säule. Die Einnahmen des Schulverbands belaufen sich auf 10.715 Mark, die Ausgaben auf 21.730 Mark. Es ergibt sich ein Ueberschlag von 14.015 Mark; auf einen Verbandsschüler kommen 43 Mark Ausgaben. Die Nichterbandsschüler haben ein bedeutend höheres Schulgeld zu bezahlen als die Verbandsschüler. — Ueber die Obstausstellung sprach sich der Gemeinderat sehr anerkennend aus. Hierbei wurde auch über die Einrichtung eines Obstmarktes beraten. Es wurde dabei die Genehmigung ausgesprochen, den Obstproduzenten bei Befischung des Marktes in jeder Weise entgegenzukommen.

Horb, 19. Oktober. Jollantmann Rachel, Vorsteher des Hauptzollamts Horb, wurde zum Regierungsrat ernannt.

Stuttgart, 19. Okt. (Kommunale Woche 1929.) Die von der Württ. Verwaltungsakademie Stuttgart unter Förderung von Staat, Selbstverwaltung und Wirtschaft veranstaltete „Kommunale Woche 1929“ wird am Montag, 21. Oktober, vormittags 9 Uhr, im Großen Hörsaal des Neubaus der Technischen Hochschule durch den Leiter der Verwaltungsakademie, Ministerialdirektor a. D. Präsident Reuffer, eröffnet werden.

Theater-Sonderzüge. Um den Bewohnern einiger von Stuttgart etwas abgelegenen Landesteile den Besuch des Landestheaters ohne Uebernachtung in Stuttgart zu ermöglichen, werden am Sonntag, 10. November, zwei Sonderzüge zu ermäßigtem Fahrpreis nach Stuttgart geführt, der eine aus der Gegend von Spaichingen, Tuttlingen, Schwenningen, Kottweil, Sulz, Eutingen und Freudenstadt, der andere aus der Gegend von Crailsheim, Ellwangen, Heidenheim, Aalen und Gmünd. Die Rückfahrt erfolgt abends gegen 8 Uhr, so daß sämtliche Teilnehmer noch vor Mitternacht wieder zu Hause sein können. Den Teilnehmern wird auch Gelegenheit gegeben, zu einer Vorführung im Planetarium zu halbem Preis beizuwohnen und sonstige Sehenswürdigkeiten der Stadt zu besonders günstigen Bedingungen zu besichtigen.

Schwenningen a. N., 19. Okt. (Dachstuhlbrand.) Donnerstag nacht brach in dem Anwesen der Landwirtinwitwe Andreas Haller im Scheunenteil ein Brand aus, der außerordentlich rasch um sich griff. Beim Eintreffen der Weckerlinie stand der ganze Dachstuhl in Flammen. Das Vieh konnte mit knapper Not gerettet werden.

Trossingen, 19. Oktober. Zur Einweihung des neuen Schützenhauses durch die Kleinfaliberschützen der württ. Kriegervereine waren General v. Watter, der Leiter der Sportabteilung im Württ. Kriegerbund, und Herr v. Barnhüter erschienen. Nach Begrüßungsworten von Direktor Ernst Hohner, dem Vorstand des hiesigen Militärvereins, sprach General v. Watter über die Aufgaben der Kriegervereine für die jungen Kameraden. Stadtschultheiß Bärlein beglückwünschte den Verein zu seinem schönen Schießhaus.

Urach, 19. Okt. (Schwerer Zusammenstoß.) In der Ulmerstraße stieß der von der Stadt in der Richtung nach Böhringen kommende Motorradfahrer Ludwig Holder, Maler von Böhringen, mit Beifahrer Maler Ludwig Göh mit dem Motorradfahrer Heinz Kestle von Urach mit Beifahrer Hans Schlegel zusammen. Der Beifahrer Ludwig Göh erlitt einen schweren Schädelbruch und sonstige Verwundungen und mußte ins Bezirkskrankenhaus Urach verbracht werden, wo er seinen Verletzungen erliegen ist. Die beiden Fahrzeuglenker und der Beifahrer von Urach kamen mit kleinen Hautschürfungen davon.

Die Zeppelinfahrt nach Bötlingen verschoben

Stuttgart, 20. Okt. Die für Sonntag vorgesehene Fahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ über Württemberg mit einer Landung in Bötlingen ist wegen des schlechten Wetters im Einvernehmen zwischen Dr. Cäener und dem Luftfahrtverband abgefragt worden. Man hofft, die Fahrt an einem günstigeren Tag, voraussichtlich nächsten Sonntag, den 27. Oktober, auszuführen.

Auch der Start des Do.X verschoben

Friedrichshafen, 20. Oktober. Da es seit Samstag nachmittag ununterbrochen regnet und die Regenwolken sehr tief auf den See herunterhängen, fand der Start des Do. X auch nicht statt. Eine Besserung der Wetterlage ist augenblicklich nicht abzusehen. Ehe nicht eine entschiedene Besserung des Wetters eingetreten sein wird, soll der Start nicht angelegt werden.

Bewaltungs- und Wirtschaftsausschuß des Landtags

Stuttgart, 18. Okt. In einer Sitzung des Verwaltungs- und Wirtschaftsausschusses des Landtags tronte vor Eintritt in die Tagesordnung ein Mitglied der Bürgerpartei den Staatspräsidenten, wonach die Fragen der Stuttgarter Wasserversorgung behandelt werden können. Staatspräsident Dr. Wols erwiderte, daß von der Stadt Stuttgart und von der Landeswasserforschungsprojekte ausgearbeitet seien. Zur Prüfung dieser Projekte sei eine technische Kommission eingesetzt. Von dem Erwerb dieser Prämissen habe die Regierung noch keine Mitteilungen. Der Staatspräsident sprach die Hoffnung aus, daß man auf dem Wege der Vereinbarung zu einer gütlichen Lösung kommen werde. Ueber eine Eingabe aus Oberdorf am 20. in der Beschwerde geführt wird wegen Belästigung des dortigen Schultheißen ging der Ausschuss zur Tagesordnung über. Sodann gab der Uda. Kühle (3.) als Berichterstatter für die Gemeindeordnung noch Anträge bekannt, die für die dritte Lesung der Gemeindeordnung von ihm eingebracht wurden.

Schweres Einsturzungslied

Bödingen a. E., 20. Okt. Ein schweres Einsturzungslied ereignete sich Samstag früh am Umbau der früheren Wirtschaft zum „Kappen“. Als die ersten Arbeiter die Baustelle betreten hatten, stürzte plötzlich der in der Oberamtsstraße gelegene Mittelbau, ein früheres Stallgebäude, unter mächtigem Krachen ein. Wie das Unglück geschehen ist und worauf es zurückzuführen ist, kann zunächst wohl kaum richtig beurteilt werden. Vermutlich ist die verdorrte Mauer, die nur auf den Erdboden aufgesetzt war, infolge Nachgeben des Bodens nach innen gedrückt worden, der Giebel stürzte dann nach außen in die Oberamtsstraße, so daß das ganze Gebäude in sich zusammenstürzen mußte. Die Feuerwehr war schnell zur Stelle. Gleich nach dem Unfall wurden drei Verletzte herausgeschafft und ins Krankenhaus gebracht. So sind dies die Arbeiter Weising von Oelbronn, der Arbeiter Kleinbein von Zptingen und der Arbeiter Kuhnmann von Kuzich. Einige weitere Arbeiter konnten sich durch rasches Wegspringen retten. Der Arbeiter Jakob Bürtle, der bis vor kurzem im Bedenwert beschäftigt war, wurde vollständig verschüttet. Er konnte erst gegen 11.30 Uhr freigelegt werden und war tot.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Komplot gegen den Präsidenten von Kuba. Die Geheimpolizei glaubt ein Komplot gegen den Präsidenten Machado vereitelt zu haben. Sie hat vier führende Politiker verhaftet, die wegen Aufruhr unter Anklage gestellt werden sollen.

Attentat auf einen französischen Abgeordneten. Im Büro des zur Fraktion Marin gehörenden Abgeordneten Dumaime in St. Dizier erschien ein 50 Jahre alter Mann namens Grapin aus Paris, der auf den Abgeordneten einen Revolveranschlag abgab. Der Abgeordnete wurde getroffen. Sein Leben scheint nicht in Gefahr zu sein. Der Täter, der sofort verhaftet wurde, erklärte, er habe durch seine Tat gegen die Rheinlandräumung, die er nicht billige, protestieren wollen.

Der zum Tode verurteilte Raubmörder Hopp, der im Herbst vorigen Jahres in einem Raubzug Hamburg-Bremen den Fabrikdirektor Nordmann erschossen, beraubt und die Leiche aus dem fahrenden Zuge geworfen hatte, ist zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

Schweres Erdbeben in Chile. Die Stadt Antofagasta in Chile wurde von einem schweren Erdbeben heimgesucht. Der Sachschaden ist groß. Viele Personen wurden verletzt. Auch die chilenischen Städte Calama, Chuquibambilla und Topopilla wurden von Erdstößen heimgesucht, die mit Unterbrechungen acht Stunden lang dauerten. Auch aus der Stadt Union kommen Nachrichten, daß sich dort schwere Erdstöße bemerkbar machten.

Aus dem Gerichtssaal

Tübingen, 19. Oktober. (Jahrlängige Tötung.) Der Landproduktionshändler Friedrich Wolf in Dedersbrunn hatte sich am 11. August vor dem Schöffengericht Neuenbürg wegen jahrlängiger Tötung zu verantworten, wurde aber freigesprochen. Das Schöffengericht kam zu seinem freisprechenden Urteil, weil es auf Grund der Zeugenaussagen dem Angeklagten keine Schuld an dem ihm zur Last gelegten Vergehen finden konnte. Der Sachverhalt war, nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung folgender: Wolf fuhr am 29. Mai mittags gegen halb 1 Uhr in Calw mit seinem Personwagen durch die Bischoffstraße. Vor ihm fuhr der Milchhändler Heugle von Calw mit einem Handwägelchen, das mit leeren Milchflaschen beladen war. Der neunjährige Knabe des Eisenbahnschaffners Budea in Calw wollte von Heugle Milch holen, erhielt aber keine, da er ausverkauft war. Der Junge ging etwa zwei Schritte hinter dem Wägelchen Heugles leitm. ber. Wolf kam mit seinem Wagen hinter Heugle, den er, wie auch den Buben, auf eine Entfernung von 80 Meter beobachtet hatte, und gab wiederholt Puffsignale. Der Junge schien aber die Signale nicht zu hören, denn er ging ruhig des Weges weiter. Als nun Wolf auf etwa zwei Meter an ihn herangelommen war, machte der Junge — so gab Wolf wenigstens an — in dem Augenblick, als ihn Wolf links überholen wollte, unerwartet zwei Sprünge nach links, wurde von dem Auto getroffen, gegen den Kühler des Autos geschleudert und etwa acht Meter weit geschleift. Durch den Schlag seines Kopfes an den Kühler erlitt der Knabe einen Schädelbruch, an dessen Folgen er noch am gleichen Tag im Krankenhaus in Calw starb. Wolf gab an, er sei scharf links gefahren und sei nur etwa 20 Zentimeter vom linken Randstein entfernt gewesen, er habe gedacht, als der Bube auf seine Signale scheinbar nicht geachtet bzw. sie nicht gehört habe, er komme gut an ihm vorbei. Nach den neuerlichen Zeugenaussagen hat es sich aber ergeben, daß Wolf nicht ganz links, sondern mehr in der Mitte der Straße, und mit großer Geschwindigkeit gefahren war, sonst wäre der Bube nicht noch etwa acht Meter weit geschleift worden. Es wurde Wolf zum Vorwurf gemacht, daß er nicht allein zu schnell und in der Mitte der Straße gefahren sei, als er den Knaben überholen wollte, sondern daß er, nachdem ein anderes Auto ihm entgegenkam, das zeitig Signal gab und dem der Junge offenbar seine Aufmerksamkeit zugewendet hatte, nicht abgestoppt und langsam gefahren sei, dann wäre das Unglück nicht passiert. Das Urteil der großen Strafkammer lautete darum auch: Das Urteil des Schöffengerichts Neuenbürg wird aufgehoben, der Angeklagte wird wegen fahrlässiger Tötung zu sechs Wochen Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt.

Handel und Verkehr

Die amtliche Großhandelsindexziffer vom 16. Oktober 1929. Die auf den Stichtag des 16. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber der Vorwoche (137,8) um 0,4 p. h. auf 137,3 zurückgegangen.

Wärkte

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 19. Okt. Tafeläpfel 8—15, Schüssel- Ausschub, Fall- und Kofäpfel 4—15, Tafelbirnen 10—20, Birnchen 30—40, Quitten 10—15, Walnüsse 35—45, Zwetschen 12—15, Kirschen 3—4, Stangenbohnen 40 bis 50, Kofsalat 4—12, Endivienalat 4—10, Wirsing (Kohltraut) 6—8, Silbertraut 6—7, Weißtraut rund 6—7, Koftraut 8—10, Römischkraut 20—30, Rosenkohl 20—25, Rote Rüben 7—8, gelbe Rüben 5—6, Karotten 5—10, Zwiebel 6—8, Gurken große 20—40, Bettiche 5—10, Monatsrettiche 6—8, Sellerie 5—20, Tomaten 8—12, Spinat 8—12, Mangold 6—8, Kohlraben 4—6.

Wein

Sächsische Herbstbericht, 18. Okt. Oberrommel: Das Herbstjahr ist seit letzten Samstag im groben und ganzen beendet. Die Qualität ist eine ausgesprochen gute, die Quantität hingegen gering. Zum großen Teil wurden Trauben verkauft zum Preise von 20—30 Pfennig pro Fund je nach Güte und Sorte. Die Ruländer zeigen ein Kofgewicht von 100 Grad. — **Wien:** Die Trauben zeigen eine vorzügliche Qualität. Es wurden 25—30 Pfennig bezahlt. Kofgewichte von 110 bis 120 Grad wurden festgesetzt. Der rote Buranber verpricht eine selten schöne Qualität. — **Siena:** Der Herbst ist beendet. Die Kofgewichte betragen bei Gutedel 80 Grad. Bestände wurden seitlich für 60—70 Mark. Die ersten Qualitätslagen sind noch nicht abgetrieben.

Großmarkt, 18. Okt. Weinlese beendet. Käufe zu 220 Mark für 1 Eimer. Vieles verstillt; doch noch größere, vorläufige Reite zu haben.

Waldheim, 18. Okt. Die Weinlese ist beendet. Wein kann gefast werden. Einiges zu 220—240 Mark pro Eimer verstillt. Vorrat ca. 900 Hektoliter.

Routen

Ueber den Nachlaß des am 29. März 1929 verstorbenen Joh. Phil. Kull, gew. Bauers und Holzhändlers in Neusach. David Rob, Schneidermeister in Weingarten unter Aufhebung des Vergleichsverfahrens. Rapid-Druckerei G. m. b. H. in Stuttgart.

Letzte Nachrichten

Einschränkung des englischen Heeresetats zu Gunsten der Sozialgesetzgebung

London, 20. Oktober. „Sunday Times“ erfährt, daß die Regierung zur Deckung der Ausgaben für die geplante neue Sozialgesetzgebung im nächsten Heeresetat weitgehende Verminderungen vorzunehmen beabsichtigt. Die neuen Gesetze über die Versorgung der Witwen und Waisen erfordern allein acht Millionen Pfund Sterling neuer Ausgaben.

Schwerer Straßenbahnzusammenstoß in Budapest
Budapest, 20. Oktober. Heute nachmittag stießen hier zwei Straßenbahnwagen zusammen. Sieben Personen wurden schwer, acht leichter verletzt. Beide Wagen wurden schwer beschädigt.

Begründung einer Zeppelin-Transportgesellschaft
Newport, 20. Oktober. „Herald Tribune“ meldet, die National City Bank habe eine Zeppelin-Transportgesellschaft mit dem Sitz in Delaware für den Dienst zwischen den Vereinigten Staaten und Europa gegründet. Nähere Einzelheiten sind in zwei Wochen zu erwarten, sobald der Präsident der Goodyear-Gesellschaft, Mitchell, aus Europa zurückgekehrt ist. Auf Grund der Besprechungen Mitchells wird, wie das Blatt meldet, Deutschland eine bedeutende Beteiligung an der Zeppelin-Transportgesellschaft zugesprochen. Die neue Gesellschaft hat bereits in Washington um Postkontrakte nachgesucht.

Schorbene

Götteltingen: Schwester Katharine Schittenhelm 63 Jahre alt.

Wetter für Dienstag

Durch Vordringen des nördlichen Hochdrucks ist die Wetterlage erheblich ver schlechert worden. Für Dienstag ist immer noch mehrfach bedecktes und unbeständiges Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Banater Schwaben-Rotwein

Garant für unbedingte Reinheit und direkte Lieferung vom Erzeuger. 1/2 Fl. RM. 1.40 (bei 10 Fl. RM. 1.35, 25 Fl. RM. 1.30, 60 Fl. RM. 1.25), die Literfl. RM. 1.75 (bei 10 Fl. RM. 1.65, 20 Fl. RM. 1.60, 50 Fl. RM. 1.55) ohne Glas, bis 450 km franco od. durch Niederlage. Banater Schwaben-Rotwein ist haben bei Ehr. Burghard jr.; Dr. Herxten, Löwendrog.; Fritz Schlumberger Schwarzwaldweg.; Marie Schwarz Wwe.

Simmersfeld.
Morgen Dienstag, den 22. Oktober findet hier **Bieh-, Schweine- u. Krämermarkt** statt, wozu einladet
Den 21. Oktober 1929. der Gemeinderat.

Betrifft: Malkurs
Am 24., 25. und 26. Okt. findet der zweite Kurs für Reliefmalerei auf Stoffen etc. statt. Für auswärtige und solche Teilnehmerinnen, welche den Abendkurs nicht besuchen können, wird ein Nachmittagskurs angelehrt.
Anfängerinnen und Fortgeschrittene werden zur sofortigen Anmeldung eingeladen.
Kursgeld RM. 3.—, Malartitel zirka RM. 3.—.
Auskunft erteilt
Schwarzwaldtrogerie Fritz Schlumberger Altensteig. — Telephon Nr. 50.
NB! Wegen starker Inanspruchnahme der Kursleiterin, ist dies auf längere Zeit der letzte Kurs!

Sani Drops heilen 30jährige Verstopfung
„Dreißig Jahre litt ich infolge Darmverengung an dauernder Verstopfung. Abführmittel aller Art wirkten nur unregelmäßig und mangelhaft. Sani Drops brachten endlich die pünktliche Regelung.“
Sani Drops wirken schmerzlos, unmerklich mit unehrenhafter Pünktlichkeit.
Zu haben in den Apotheken von Altensteig, Nagold und Pfalzgrafenweiler.

Gasthöfen und Hotels
empfehlen wir uns zur Anfertigung von **Prospekten, Rechnungen Briethogen und Postkarten Servietten**
W. Rieker'sche Buchdruckerei, Altensteig



Photo-Sport
Entwickeln
Kopieren
Vergrössern
Platten und Filme
in allen Größen
Photoapparats
nebst Zubehör
empfiehlt
Photohaus
Schwarzwaldtrogerie
Fritz Schlumberger
Altensteig
gegenüber „Grün Baum“

Altensteig Kinder-Bettstellen
hat vorzüglich
Karl Henkler senior
Eisenwarenhandlung
an der alten Steige.

Durchschlagpapier Farbhänder Kohlepapiere
für alle Systeme
Georg Köbele
Haus für Bürobedarf
Nagold, Fernspr. 126.

INSERTATE
haben jederzeit Erfolg!

Weltstimmen
Die große literarische Monatschrift schildert sachlich und klar den Inhalt wertvoller Werke der Weltliteratur, bringt kurze Lebensabrisse, Proben, Illustrationen u. v. a.
Für jeden Bücherfreund der rechte Führer zum guten Buch
Jedes Heft 90 Pfennige
FRANCK'SCHE VERLAGSHANDLUNG, STUTTGART
Probehefte und Prospekte von der W. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig.
Lengenloch.
Mostobst
hat abzugeben.
Chr. Keppler.

Hausfrauenverein Altensteig.
Interessenten der **Süßmoftbereitung** wollen sich zwecks gemeinsamer Moftbereitung sofort melden bei Frau Forstmeister Winter.

Bürtt. Bauern- u. Weingärtnerbund
Allgemeine Bauernversammlung
Am Dienstag, den 22. Oktober (Markt) um 11 Uhr vormittags findet in Simmersfeld im Gasthaus zur „Sonne“ eine Bauern-Versammlung statt.
Redner: Bauernanwalt Glaser.
Tagesordnung:
„Der Bauer und das Volksbegehren“
Hierzu sind alle Landwirte, Alt und Jung, Frauen und Töchter dringend und herzlich eingeladen. Freie Aussprache für Landwirte!
Der Bezirksauschuß.

Heute nachmittag von 12 Uhr ab sind auf dem Marktplatz schöne **Unterländer Mostäpfel** zu haben.
Gebr. Rath.

Verlobungs- und Hochzeits-Karten fertigt rasch und sauber die **W. Rieker'sche Buchdruckerei** Altensteig.

